

30. Juli 2008

Pressemitteilung 57-08

Feinstauburteil richtungsweisend auch für Lärmschutz

Das Feinstauburteil des Europäischen Gerichtshofes (Rechtssache C-237/07) gibt nach Ansicht des südbadischen Europaabgeordneten Dr. Andreas Schwab (CDU) Anlass zu Hoffnung für den Kampf gegen Schienenlärm im Rheintal: "Das Urteil ist auch richtungsweisend für den Lärmschutz", so Schwab.

Ebenso wie die EU-Feinstaubrichtlinie nämlich verpflichtet die EU-Lärmschutzrichtlinie aus dem Jahr 2003 die Mitgliedsstaaten, Aktionspläne anzunehmen "mit dem Ziel, den Umgebungslärm so weit erforderlich und insbesondere in Fällen, in denen das Ausmaß der Belastung gesundheitsschädliche Auswirkungen haben kann, zu verhindern und zu mindern". Laut dem deutschen Gesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinie müssen die zuständigen Behörden bis zum 18. Juli 2008 Lärmaktionspläne aufgestellt haben, mit denen die Lärmprobleme bekämpft werden.

Der Europäische Gerichtshof hatte am vergangenen Freitag die Rechte der Bürger im Kampf gegen Feinstaub gestärkt. Betroffene können bei den zuständigen Behörden die Erstellung eines kurzfristig wirksamen Aktionsplans einklagen, so der Gerichtshof.

Es sei zu nun prüfen, so Schwab, ob auch im Bereich des Lärmschutzes ausreichende Maßnahmen seitens der zuständigen Behörden ergriffen worden seien und den Zielen der Richtlinie nachgekommen wird. Gerade am Oberrhein seien viele Menschen einer übermäßigen Lärmbelastung ausgeliefert.

Schwab wird sich weiterhin für den Lärmschutz im Rheintal einsetzen. Die Europäische Kommission, die die Durchführung der Richtlinie einer regelmäßigen Evaluierung unterziehen muss, werde er im Herbst im Rahmen einer schriftlichen Anfrage um eine Einschätzung der Situation bitten.

Für weitere Informationen:

Büro Dr. Andreas Schwab, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2837938